

Prinzipal
Condensiertes Milch
Bosch Kindermilch
Breslauer Malz
Gahr, Prandl

Dresdner Nachrichten

Closets & Badeartikel
in größter Auswahl billigst!
Friedrich Gappisch
Königstraße 11.
DRESDEN A. Marienstr. 11.
gegenüber 2 Neben.
Fabrik: Elbthorplatz.

Curt Heinslus Reg. Hofr.
Dresden-N., Kurtzstr. 10.
Ecke Döbnerstr., Fernspr. - A. 11. 2100.
Mehrjährige Garantie.
Kostenlos Probe.
6 Mal jährlich, 50.000 St. in Funktion.
Geräuschlose
Thürschliesser
m. dopp. Luffschneidung, gewalzt. Schließens schädlich

42. Jahrgang.

Dresden, 1897.

Alle technischen Waaren von
Gummi Asbest
Dichtungen, Stopfbüchsen-Packungen, Schlächter, Wägen, Klappen, Wasserstandsgeber, Oelr. liefert sofort
Gummifabrik Reinhardt Leupold, Dresden-A., Waisenstr. 34
Tel. 259

Familien-Strohut-Schneider-Nähmaschinen
H. Grossmann, Nähmaschinenfabr. Chemnitz-Strasse 26, Waisenhausstr. 5, Striepenstr. 18.

MATTONI'S
GIESSHÜBLER
BAUERBRUNN

Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk,
erprobt bei Hosten, Halbtrockenheit, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI
in Glöschel-Pfuchten u. Korbud.

Das **Bandagen-Geschäft M. H. Wendschuch sen.** befindet sich **nur Marienstrasse 22^b** im Gartengrundstück **der altrenom. Firma** unverändert schon seit **über 30 Jahren** nahe dem Postplatz.

Nr. 40. Spiegel: Ende des Hamburger Streiks. Hofnachrichten. Wohlthätigkeitsbazar. Arbeiterverfammlungen. Entwicklung Dresdens. Circus Krenbler. Gerichtsverhandlungen. Wucherhafte Witterung: Erneuter Frost. **Dienstag, 9. Febr.**

Politisches.

In einem regelrechten Straßenkampf hat der Hamburger Streik seinen Abschluss gefunden. Dieser Ausgang mag vielleicht nicht ganz den Wünschen des obersten Kriegsraths der Sozialdemokratie entsprechen; denn dieser ist Flug genug, einzuräumen, daß die bestehende Ordnung zur Zeit noch immer so festgefügt und gesichert ist, um jedem Bergewaltigkeitsversuche Widerstand zu leisten. Aber ein solcher Ausgang bildet jedenfalls die beste Illustration der revolutionären Wirkungen der sozialdemokratischen Propaganda, die den Zustand heraufbeschworen und bis zum letzten Augenblicke fortgedauert haben. Es ist überaus charakteristisch, daß in derselben Stunde, wo die von der Sozialdemokratie gezielte revolutionäre Leidenschaft in der Nähe des Hamburger Hafens zum blutigen Ausbruch kam, das sozialdemokratische Centralorgan in Berlin in seinem Artikel über die Bedeutung des Streiks zwischen diesem und der Pariser Commune einen Vergleich aufstellt. „Wie die Commune von Paris“, schreibt der „Vorwärts“, „schließlich trotz heldenmüthigsten Widerstands der Versailles-Heeremacht erliegen mußte, so sind auch die Hamburger Hafenarbeiter schließlich der Heeremacht erlegen.“ Die Arbeiter werden also den gemeinen Räubern und Mordgeheulen der Pariser Commune gleichgestellt. Das Ideal der Internationales des „Vorwärts“ ist der bestialische Kampf mit Petroleum und Dynamit; der Sozialismus hat einst Viehrecht erklärt, ist keine Frage der Theorie, sondern eine Machttage, die nur auf der Straße, an dem Schlachtfelde zu lösen ist. Die Parallele zwischen dem Hamburger Streik und der Pariser Commune ergibt den wahren Maßstab, nach dem die sozialdemokratische Parteileitung den Zustand zu verzeichnen sucht. Neue Kräfte sollen daraus für den gewaltthätigen Umsturz geschöpft werden. Nicht ein wirtschaftlicher Kampf ist seit dem 21. November vor. In der Hansestadt geschah, sondern die Streikenden waren nach dem Singerschen Organ nur Werkzeuge in der Hand der rothen Internationalen; sie sollen nicht Anderes sein als Vorkämpfer für den großen Klassenkampf, wie ihn die Sozialdemokratie erstrebt und wie er von der Pariser Commune, freilich nur auf kurze Zeit, unter Strömen von Blut verewicht worden ist. Wie das Ende des Hamburger Streiks die Sozialdemokratie stärken.

zu frivolen Kraftproben mißbrauchen und nicht so bereitwillig wie diesmal werden sie sich benutzen lassen, unter dem Tode mantel wirtschaftlicher Fragen einen politischen Kampf für die Revolutionspartei zu führen. Die Strafe, die sie dafür trifft, ist eine empfindliche. Ist es doch überhaupt fraglich, ob Alle, die jetzt zur Arbeit zurückkehren wollen, wieder beschäftigt werden können, und auch diejenigen, die nicht mit dem Verlust ihrer früheren Brotstücken zu kämpfen haben werden, dürften an den monatelangen Entbehrungen, die sie mit Weib und Kind durchgemacht haben, und an den Schulden, die sie sich in der Zeit der Arbeitslosigkeit aufgeladen haben, noch die Verantwortung fühlen, die sie zu tragen haben, weil sie den sozialdemokratischen Wählereien Gehör schenkten. Aber die Opfer, die von den Arbeitgebern wie auch von den Arbeitern gebracht worden sind, würden dem sozialen Frieden zu Gute kommen, wenn die Letzteren zu der Einsicht gelangen würden, mit welcher nichtswürdigen Gewissenlosigkeit die sozialdemokratische Führerschaft den Zustand auszunutzen gesucht hat und auch jetzt noch auszunutzen sucht. Während Verbel im Reichstage schamlos von den glänzenden Geschäften spricht, die mit den aus den Arbeiterkreisen gelassenen Kapitalien der sozialdemokratischen Parteiführer in Folge von Börsenmanövern gemacht worden sind und noch gemacht werden sollen, herrscht in den Reihen der von seinen Genossen verführten Arbeiter bitteres Elend. Wäre es der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wirklich ernstlich um die Wahrung der Arbeiterinteressen zu thun, so würde sie jetzt die Kapitalisten, die die Arbeiter für sie geirret haben, dazu benutzen, um die Noth in der Hamburger Arbeiterkassette zu lindern, statt damit zu wuchern. Angesichts dieser Gefährlichkeit der sozialdemokratischen Anführer des Streiks würde es einen um so tieferen Eindruck machen, wenn jetzt auf Seite der Sieger dem Mitleid und der Verantwortlichkeit Raum gegeben würde. Möge man den armen Verführten und Misgeleiteten gegenüber und belohnt um der unschuldligen Frauen und Kinder willen, die an dem Streik zu bedauern sind, Mitleid und Großmuth walten lassen! Den sozialdemokratischen Anführern freilich ist das Wohl und Wehe der Arbeiter gleichgültig; sie würden es am liebsten sehen, wenn die Arbeiter die Folgen des Ausstands allein tragen müßten. Den Vorwürfen des Reichstages kommt es nur darauf an, nach wie vor weiter zu wuchern und zu betten. Und so wird in der That auch jetzt ohne Scheu und Scham die Arbeit der Revolutionierung fortgesetzt und zwar mit verstärkten Kräften, weil die Sozialdemokratie mit dem Hamburger Streik ein so schändliches Mißgeschick erfahren hat. Würde der Ausstand zum Siege der Arbeiter geführt haben, so würden die Umwälzer dies als den Triumph der Sozialdemokratie angehen haben; da aber das Gegenstück eingetreten ist, so wird gleichwohl den Arbeitern die Sozialdemokratie als diejenige Partei empfohlen, die ihnen allein zum Siege verhelfen kann, weil das nur die Revolution vermag, die sie auf ihr Banner geschrieben hat. „Die Lehre“, schreibt der „Vorwärts“, „ist mit den Opfern des Hamburger Streiks billig erkaufte. Darum: Doch die Sozialdemokratie“ oder was davorsteht: die Revolution!

sekretär v. Marshall: Die verübten Regierungen werden, wenn der Reichstag den Antrag annimmt, selbstverständlich bereit sein, dem Wunsche des Hauses nachzukommen. Aus einer realistischen Beurteilung des Herrn Schacheler's, betreffend die Entwerfung eines sehr spezialisirten Tarifs, hat man auf eine zwischen den Anschauungen des Schatzamts und den meinigen bestehende Kluft schließen wollen. Der Schatzsekretär hat sich aber vor Abgabe seiner Erklärung nicht nur der Zustimmung des Reichsanwalts verschert, sondern auch der meinigen. Ich selbst hatte schon lange vorher den dringenden Wunsch geäußert, daß möglichst bald ein spezialisirter Tarif aufgestellt werde, es ist das notwendig, wenn die bisherige gesunde Handelspolitik fortgesetzt werden soll, was ich hoffe. Die jetzige Aufstellung des Tarifs erweckt die Verhandlungen mit den anderen Staaten. Da die Entstellungen in das Waarenverzeichnis nicht überall richtig sind, so geht das auch Anlaß zu Reklamationen und Konflikten, sogar zu dem Verdacht, daß wir nicht sonst genug verfahren. Es wird natürlich Niemand daran denken, daß wir jetzt schon uns über neue Zollsätze schlüssig machen können, aber ich habe schon vor 5 Jahren hier im Hause erklärt, daß es vor dem Abschlusse neuer Handelsverträge nach 12 Jahren der Revision des Zolltarifs unbedingt bedarf. Man hat geglaubt, wir hätten uns einer Beschränkung schuldig gemacht, indem nicht schon damals vor den Vertretern ein hoher Zolltarif eingeführt worden sei. Aber wir haben vor Abschluß der Handelsverträge zweimal unsere Tarife in schutzvoller Richtung revidirt, einmal total 1879 und zwar auch damals, wie aus dem Decembervertrage des Fürsten Bismarck ausdrücklich hervorgeht, zu dem Zweck, eine Basis für die künftigen Handelsverträge zu gewinnen, ferner 1887. Daß es sich bei Abschlusse der jetzigen Verträge nicht nur um eine bloße Abschlusse der bestehenden handeln kann, ist doch selbstverständlich, ebenso auch, daß ich nach wie vor ein Freund langdauernder Verträge bin. Es bedarf der Stabilität des Tarifs für die Gewerkskreise, die nicht schnellere wünschenswerthe Nähe. Aber von Zeit zu Zeit muß eine Revision stattfinden, und wenn wir sie nicht vornehmen, werden die anderen Staaten sie fordern. Diegenen wir die Verträge einfach weiter lassen, so wären sie dann jedes Jahr laubbar, und dann hätten sie für uns keinen Werth. (Widerpruch rechts.) Wie bisher, so werde ich auch künftig leben, den Schutz der nationalen Arbeit hochzuhalten. Ich habe auch stets gemeint, daß der innere Markt in erster Reihe Rücksicht verdient und daß die Landwirtschaft als hervorragendes Gewerbe auszuzeichnen schuldig ist. Darüber, was ausreichend ist, geben natürlich die Ansichten auseinander. (Seufzer.) Bis vor 15 Jahren ich in Süddeutschland 1 Mark Getreide für 150 Pfennige, alt ich bei den Konventionen als gefährlicher Agrarier (Seufzer.) Ich theile die Auffassung nicht, welche in höheren Kreisen eine Prärogation der Arbeiter sieht, sofern nur die Arbeitsgelegenheit vermehrt wird. In einer Verminderung der Arbeitsgelegenheit würde ich ein verhängnisvolles sozialpolitisches Experiment sehen, und deshalb meine ich, daß auch die nationale Arbeit im Auslande, der 4 Milliarden überwachsende Export, des Schutzes bedarf. Die Nothwendigkeit, die Ausfuhr zu schützen, steigert sich zusehends mit der Zunahme des Konsumtionskampfes; könnte man eine Statistik darüber aufstellen, welche Summe von Arbeitslöhnen in der Ausfuhr steckt, so würde das ein gewaltiges Warnungssignal sein. Deutschland ist nicht ein landwirtschaftlich- oder industriell, sondern auch handels- und arbeitstheoretisch. Niemand wird größere Genugthuung empfinden als ich, wenn wir bessere Verträge erlangen können, und wenn uns das gelingt, so seien sie überaus (zur Rechten gewendet), dann werde ich Ihnen ein mißlicher Richter sein, als man mir gegenüber gemeint hat. (Beifall.) — Abg. v. Lehmann giebt Namens der konservativen Partei die kurze Erklärung ab, für augenblicklich notwendig könne dieselbe den Antrag Barth nicht halten; es sei kein Unglück, wenn dieselbe Annahme finde, aber auch kein Unglück, wenn dieselbe abgelehnt würde. — Abg. v. Kardorff (Rechts), bemerkt, er sei durch sein Gegner der Handelsverträge an sich, und ist erfreut, daß Deutschland nunmehr einen autonomen Tarif herstellen will als Grundlage für künftige Verträge, und hofft, daß bei diesen die Landwirthschaft besser wegkommen werde, als bei den jetzigen. Fürchtet aber, daß bis zum Ablauf der letzteren von der goldenen Landwirthschaft nicht mehr viel übrig bleiben werde. — Abg. Dr. Dahn (links) ist zwar nicht im Zweifel, daß wenn die Regierung die richtigen Männer mit der Enquete beauftragte, also neben den Vertretern der Industrie und des Handels auch Vertreter der Landwirthschaft, und zwar nur unabhängige Männer, das Ergebnis für die Handelsverträge kein ungünstiges sein werde, hält aber doch die Aufstellung einer Tendenz über die Wirkungen noch für zu verfrüht. Auch er sei kein grundsätzlicher Gegner von Handelsverträgen, aber es hätte vorher ein autonomer Tarif aufgestellt werden müssen. Herr v. Marshall sagt zwar, daß die Zeit zu kurz gewesen, aber unter Umständen wäre es über möglich gewesen. Er und seine Freunde würden darnach streben, daß bei neuen Handelsverträgen die landwirthschaftlichen Verhältnisse in ihrer früheren Höhe wieder hergestellt würden, und sie könnten nicht für Verträge stimmen, wenn sie nicht die Interessen des Konnerbanes schärfen als bisher wahrnehmen. — Abg. Graf v. Helldorf (links) hält auf Grund der heutigen Ausführungen des Staatssekretärs eine Verständigung zwischen seinen Freunden und der Regierung über die neuen Handelsverträge nicht für unmöglich. Die Export-Industrie müsse bei denselben allerdings auch berücksichtigt werden, in erster Linie aber die Landwirthschaft. Den der Tendenz könnte er sich gar nicht verheeren. — Abg. Dr. Richter (links) betont, wichtiger als die Frage des Exports sei die Frage der Kaufkraft des inländischen Marktes. — Abg. Dr. v. Suttner (Rechts) erklärt, er werde zunächst für das Amendement stehen, dann aber gegen den so ungeschickten Antrag Barth stimmen. Er habe das Vertrauen in der Regierung, daß sie bei den Revisionen des autonomen Tarifs das Interesse auch der Landwirthschaft wahrnehmen werde. — Das Amendement freigegeben, jedoch einstimmig und der so ungeschickte Antrag Barth gegen Konnerbaner und Reichsparteiler angenommen. — Eine weitere Debatte wird bei Etat des Reichsanwalts genehmigt. — Charakterlos wird in erster und zweiter Lesung die Herrin Wittener-Konvention genehmigt. — Die Gelegenheitsbestellung des Reichsanwalts wird in zweiter Lesung und in zweiter Ordnung abgelehnt. — Es folgt die erste Lesung des Entwurfs zum Handelsgesetz. — Staatssekretär v. Lehmann: Die Vorlage betont namentlich die Nothwendigkeit einer völligen Neubearbeitung des Handelsgesetzbuchs im Hinblick auf das Bürgerliche Gesetzbuch. Ein sehr wesentlicher Unterschied zwischen dem bestehenden und dem neuen Handelsgesetzbuch besteht in der Beschränkung des Vertriebsbereichs, welcher dem Handelsgesetzbuch unterliegt. Früher habe ich die Art eines Handelsgesetzes darüber entschieden, ob jemand einem Handels-

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 8. Februar.

* Athen. In der Kammer brachte Stais im Namen der Propositor den Antrag ein, daß die Sitzung als geheim erklärt werde. Dehmanns hat die Beratung des Antrages an. Die Sitzung wurde hierauf als geheim erklärt und die Tribünen geräumt.

Berlin. Reichstag. Präsident v. Puel llet und ertheilt die Ermächtigung dem Reichsanwalter bezüglich der goldenen Hochzeit desselben die Glückwünsche des Hauses darzubringen. Die Beratung des Etats des Reichsanwalts und der Reichsanwalter, Gehalt 21,000 Mark, wird fortgesetzt. Es liegt hierauf vor der Antrag Barth und Genossen (links). Die Regierung zu thunlichst baldiger Vorlegung einer Denkschrift über die erkennbaren volkswirtschaftlichen Wirkungen der Handelsverträge aufzuführen. Ein Amendement Fröhen (Centr.) will hinter dem Worte „Handelsverträge“ einschalten „mit besonderer Rücksicht auf die Landwirthschaft.“ Abg. Barth (links, Volksv.): Wir wünschen die sichtbaren Wirkungen der Handelsverträge einmal in umfassender Weise festgehalten zu sehen. Die Handelsverträge sind jetzt ohne Ausnahme zu günstigen Resultaten über den Erfolg der Handelsverträge gekommen, aber es handelt sich doch immer nur um Teilmassnahmen, in vielen ist man ja nur auf Wahrscheinlichkeitschritte angewiesen. Unser Antrag betont dagegen ausdrücklich die erkennbaren Wirkungen. Die Handelsverträge sind zweifellos auch der Landwirthschaft zugute gekommen, vor Allem durch die Mehrbeschäftigung von industriellen Arbeitern, also gerade den besten Abnehmern der Landwirthschaft. Der ursprüngliche Landwirthschaftskennzeichner, selber ein Gegner der Handelsverträge, scheint auch jetzt noch zu meinen, daß die Verträge, wenn auch nicht allein, so doch wenigstens zum Theil, die Nothlage der Landwirthschaft verschulden. Um so mehr würde eine Aufklärung darüber angebracht sein. Lehner erklärt sich demgemäß mit dem Amendement Fröhen einverstanden. — Abg. Fröhen (Centr.) bittet, daß nicht bloß die Handelsverträge, sondern auch die Landwirthschaftskennzeichen gehört werden. Eigentlich erhebe der ganze Antrag verfrüht, da die Zeit seit Vertheilen der Handelsverträge noch zu kurz sei. (Rechts: Sehr richtig.) Aber der Antrag Barth nehme keinen Termin für die Denkschrift an. Sicher ist, daß bei den Verträgen die Industrie einen großen Vorzug vor der Landwirthschaft habe; noch überlegen, seiner Ansicht nach, die Vorteile der Verträge die Nachteile derselben. Sollte es sich aber aus der Denkschrift ergeben, daß die Landwirthschaft gelähmt und ihre Produktionsbedingungen untergraben seien, dann würden doch die Bedürfnisse zu den anderen Staaten in anderer Weise geregelt werden müssen. — Abg. Hammer (nat. lib.) stimmt dem Antrag Barth bei, kann aber nicht zugeben, daß der Antrag Barth verfrüht sei. Und wenn wir nun in Verhandlungen mit anderen Staaten eintreten wollen, so sei es doch gut, rechtzeitig Gemittelungen anzustellen, um eine Grundlage zu gewinnen. In Bezug auf den Zolltarif scheint ihm die französische Handelspolitik besser zu sein als die unsere. Ein Generaltarif dürfte auch für uns ein Bedürfnis sein. Bei Bestimmung der Wirkung der Verträge müsse sehr feilich verfahren werden. Unrichtig ist jedenfalls, daß die Verträge Deutschland nicht gerührt hätten. — Staats-

sekretär v. Marshall: Die verübten Regierungen werden, wenn der Reichstag den Antrag annimmt, selbstverständlich bereit sein, dem Wunsche des Hauses nachzukommen. Aus einer realistischen Beurteilung des Herrn Schacheler's, betreffend die Entwerfung eines sehr spezialisirten Tarifs, hat man auf eine zwischen den Anschauungen des Schatzamts und den meinigen bestehende Kluft schließen wollen. Der Schatzsekretär hat sich aber vor Abgabe seiner Erklärung nicht nur der Zustimmung des Reichsanwalts verschert, sondern auch der meinigen. Ich selbst hatte schon lange vorher den dringenden Wunsch geäußert, daß möglichst bald ein spezialisirter Tarif aufgestellt werde, es ist das notwendig, wenn die bisherige gesunde Handelspolitik fortgesetzt werden soll, was ich hoffe. Die jetzige Aufstellung des Tarifs erweckt die Verhandlungen mit den anderen Staaten. Da die Entstellungen in das Waarenverzeichnis nicht überall richtig sind, so geht das auch Anlaß zu Reklamationen und Konflikten, sogar zu dem Verdacht, daß wir nicht sonst genug verfahren. Es wird natürlich Niemand daran denken, daß wir jetzt schon uns über neue Zollsätze schlüssig machen können, aber ich habe schon vor 5 Jahren hier im Hause erklärt, daß es vor dem Abschlusse neuer Handelsverträge nach 12 Jahren der Revision des Zolltarifs unbedingt bedarf. Man hat geglaubt, wir hätten uns einer Beschränkung schuldig gemacht, indem nicht schon damals vor den Vertretern ein hoher Zolltarif eingeführt worden sei. Aber wir haben vor Abschluß der Handelsverträge zweimal unsere Tarife in schutzvoller Richtung revidirt, einmal total 1879 und zwar auch damals, wie aus dem Decembervertrage des Fürsten Bismarck ausdrücklich hervorgeht, zu dem Zweck, eine Basis für die künftigen Handelsverträge zu gewinnen, ferner 1887. Daß es sich bei Abschlusse der jetzigen Verträge nicht nur um eine bloße Abschlusse der bestehenden handeln kann, ist doch selbstverständlich, ebenso auch, daß ich nach wie vor ein Freund langdauernder Verträge bin. Es bedarf der Stabilität des Tarifs für die Gewerkskreise, die nicht schnellere wünschenswerthe Nähe. Aber von Zeit zu Zeit muß eine Revision stattfinden, und wenn wir sie nicht vornehmen, werden die anderen Staaten sie fordern. Diegenen wir die Verträge einfach weiter lassen, so wären sie dann jedes Jahr laubbar, und dann hätten sie für uns keinen Werth. (Widerpruch rechts.) Wie bisher, so werde ich auch künftig leben, den Schutz der nationalen Arbeit hochzuhalten. Ich habe auch stets gemeint, daß der innere Markt in erster Reihe Rücksicht verdient und daß die Landwirtschaft als hervorragendes Gewerbe auszuzeichnen schuldig ist. Darüber, was ausreichend ist, geben natürlich die Ansichten auseinander. (Seufzer.) Bis vor 15 Jahren ich in Süddeutschland 1 Mark Getreide für 150 Pfennige, alt ich bei den Konventionen als gefährlicher Agrarier (Seufzer.) Ich theile die Auffassung nicht, welche in höheren Kreisen eine Prärogation der Arbeiter sieht, sofern nur die Arbeitsgelegenheit vermehrt wird. In einer Verminderung der Arbeitsgelegenheit würde ich ein verhängnisvolles sozialpolitisches Experiment sehen, und deshalb meine ich, daß auch die nationale Arbeit im Auslande, der 4 Milliarden überwachsende Export, des Schutzes bedarf. Die Nothwendigkeit, die Ausfuhr zu schützen, steigert sich zusehends mit der Zunahme des Konsumtionskampfes; könnte man eine Statistik darüber aufstellen, welche Summe von Arbeitslöhnen in der Ausfuhr steckt, so würde das ein gewaltiges Warnungssignal sein. Deutschland ist nicht ein landwirtschaftlich- oder industriell, sondern auch handels- und arbeitstheoretisch. Niemand wird größere Genugthuung empfinden als ich, wenn wir bessere Verträge erlangen können, und wenn uns das gelingt, so seien sie überaus (zur Rechten gewendet), dann werde ich Ihnen ein mißlicher Richter sein, als man mir gegenüber gemeint hat. (Beifall.) — Abg. v. Lehmann giebt Namens der konservativen Partei die kurze Erklärung ab, für augenblicklich notwendig könne dieselbe den Antrag Barth nicht halten; es sei kein Unglück, wenn dieselbe Annahme finde, aber auch kein Unglück, wenn dieselbe abgelehnt würde. — Abg. v. Kardorff (Rechts), bemerkt, er sei durch sein Gegner der Handelsverträge an sich, und ist erfreut, daß Deutschland nunmehr einen autonomen Tarif herstellen will als Grundlage für künftige Verträge, und hofft, daß bei diesen die Landwirthschaft besser wegkommen werde, als bei den jetzigen. Fürchtet aber, daß bis zum Ablauf der letzteren von der goldenen Landwirthschaft nicht mehr viel übrig bleiben werde. — Abg. Dr. Dahn (links) ist zwar nicht im Zweifel, daß wenn die Regierung die richtigen Männer mit der Enquete beauftragte, also neben den Vertretern der Industrie und des Handels auch Vertreter der Landwirthschaft, und zwar nur unabhängige Männer, das Ergebnis für die Handelsverträge kein ungünstiges sein werde, hält aber doch die Aufstellung einer Tendenz über die Wirkungen noch für zu verfrüht. Auch er sei kein grundsätzlicher Gegner von Handelsverträgen, aber es hätte vorher ein autonomer Tarif aufgestellt werden müssen. Herr v. Marshall sagt zwar, daß die Zeit zu kurz gewesen, aber unter Umständen wäre es über möglich gewesen. Er und seine Freunde würden darnach streben, daß bei neuen Handelsverträgen die landwirthschaftlichen Verhältnisse in ihrer früheren Höhe wieder hergestellt würden, und sie könnten nicht für Verträge stimmen, wenn sie nicht die Interessen des Konnerbanes schärfen als bisher wahrnehmen. — Abg. Graf v. Helldorf (links) hält auf Grund der heutigen Ausführungen des Staatssekretärs eine Verständigung zwischen seinen Freunden und der Regierung über die neuen Handelsverträge nicht für unmöglich. Die Export-Industrie müsse bei denselben allerdings auch berücksichtigt werden, in erster Linie aber die Landwirthschaft. Den der Tendenz könnte er sich gar nicht verheeren. — Abg. Dr. Richter (links) betont, wichtiger als die Frage des Exports sei die Frage der Kaufkraft des inländischen Marktes. — Abg. Dr. v. Suttner (Rechts) erklärt, er werde zunächst für das Amendement stehen, dann aber gegen den so ungeschickten Antrag Barth stimmen. Er habe das Vertrauen in der Regierung, daß sie bei den Revisionen des autonomen Tarifs das Interesse auch der Landwirthschaft wahrnehmen werde. — Das Amendement freigegeben, jedoch einstimmig und der so ungeschickte Antrag Barth gegen Konnerbaner und Reichsparteiler angenommen. — Eine weitere Debatte wird bei Etat des Reichsanwalts genehmigt. — Charakterlos wird in erster und zweiter Lesung die Herrin Wittener-Konvention genehmigt. — Die Gelegenheitsbestellung des Reichsanwalts wird in zweiter Lesung und in zweiter Ordnung abgelehnt. — Es folgt die erste Lesung des Entwurfs zum Handelsgesetz. — Staatssekretär v. Lehmann: Die Vorlage betont namentlich die Nothwendigkeit einer völligen Neubearbeitung des Handelsgesetzbuchs im Hinblick auf das Bürgerliche Gesetzbuch. Ein sehr wesentlicher Unterschied zwischen dem bestehenden und dem neuen Handelsgesetzbuch besteht in der Beschränkung des Vertriebsbereichs, welcher dem Handelsgesetzbuch unterliegt. Früher habe ich die Art eines Handelsgesetzes darüber entschieden, ob jemand einem Handels-

Triumph-Seife